

Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte

Irmgard Cipa, Werner Siebler (Sprecherteam)

mailto: werner.siebler@web.de

Telefon:0761 275888 - mobil:01754411551



Presseerklärung 15.04.2025

Presseerklärung des BAA zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD

Unter der Überschrift „Demokratische Resilienz“ wird im Koalitionsvertrag (Auszüge siehe unten) mit dem Schlagwort „Null Toleranz“ angekündigt, was die Koalition vorhat, und sie hat dafür auch das passende Personal: Laut Presseberichten soll vermutlich CSU-Politiker und Hardliner Alexander Dobrindt neuer Innenminister werden. In Bayern wird gerade demonstriert, was damit gemeint ist. Irgendwelche Maßnahmen gegen Faschisten und Rassisten findet man im Regierungsprogramm keine, selbst wenn man mit der Lupe sucht. Dafür gibt es in der Praxis wieder Berufsverbote, wie aktuell zum Beispiel der Umgang mit Lisa Poettinger und Benjamin Ruß in München eindrücklich zeigt.

Ihnen wird ihr Engagement für Klimaschutz, gegen die Rechtsentwicklung und die AFD vorgeworfen. Linke Gesinnung, das soll gar nicht gehen, und trotz Personalmangel unweigerlich zum Berufsverbot führen. Werner Siebler, Sprecher des BAA und selbst ehemaliger Berufsverbotsbetroffener, stellt dazu fest:

„Bayerische Verhältnisse drohen nun in der gesamten Bundesrepublik. Die Tore dafür sind bereits weit geöffnet, wie auch die derzeitigen Vorbereitungen von Disziplinarrechtsverschärfungen (Entlassungen durch bloße Verfügungen) in Hamburg, Niedersachsen und Hessen zeigen. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie demokratisch gesinnte Menschen diesem Koalitionsvertrag etwas Positives entnehmen können.“

Wir werden daher in den kommenden Wochen und Monaten daran mitwirken, dass breite Bündnisse zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte entstehen, und bereiten deshalb einen Aktionstag am 12. September in der bayerischen Hauptstadt neuer Berufsverbote vor.

Weitere Informationen finden Sie auf: www.berufsverbote.de

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Siebler (für den BAA)

Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD (Seite 84/85):

„Demokratische Resilienz

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit unseres Staates ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Koalitionsparteien sind sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst. Was die Feinde der Demokratie angeht, gilt der Grundsatz „Null Toleranz“. Es ist die gesamtstaatliche und gesellschaftliche Verantwortung, jedweder Destabilisierung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenzuwirken und dabei auch unsere Sicherheitsbehörden nicht allein zu lassen

Wir schützen die demokratische Integrität unserer Parlamente, des öffentlichen Dienstes und der Justiz. Wir wollen eine rechtliche Grundlage für die Bundestagspolizei schaffen. Wir werden das Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren und seine Auswirkungen im Jahr 2027 evaluieren und es gegebenenfalls ändern. Für einen besseren Schutz unter anderem von Mandatsträgern, Rettungs- und Einsatzkräften sowie Polizisten werden wir das Melderecht überarbeiten

Wir treten allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen und jedweder Gewalt mit derselben Entschlossenheit und Konsequenz entgegen – ob Rechtsextremismus, Islamismus, auslandsbezogenem Extremismus oder Linksextremismus.“